



Antrag

—

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ausbau Erneuerbarer Energien beschleunigen als Jobmotor für Sachsen-Anhalt

Der Landtag wolle beschließen:

Die Erneuerbaren Energien sind ein zentraler Jobmotor für Sachsen-Anhalt. Unser Land hat eine lange Tradition als Energieland, die mit einem Fokus auf Erneuerbare Energien fortgeführt werden muss und damit zukunftsfeste Arbeitsplätze schafft.

Seit Jahren hat Sachsen-Anhalt, bezogen auf die Einwohner*innenzahl im Vergleich der Bundesländer, die meisten Arbeitsplätze in Wind, Solar und Co. Das Potential für noch mehr Jobs durch Erneuerbare Energien ist in Sachsen-Anhalt groß.

Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren unsere Solarwirtschaft nahezu zum Erliegen gebracht und auch die Windindustrie ausgebremst. Menschen in Sachsen-Anhalt haben dadurch ihren Arbeitsplatz verloren.

Die jetzt erfolgten Investitionen in das Solar Valley 2.0 sind deshalb eine einmalige Chance für den Industriestandort Sachsen-Anhalt. Auch die Windenergie hat noch mehr Potential als die aktuell ca. 13.000 Arbeitsplätze. Je ambitionierter die Ausbauziele für Erneuerbare Energien auf Landes- und Bundesebene festgelegt werden, desto mehr Arbeitsplätze werden in Sachsen-Anhalt entstehen.

Die Landesregierung wird deshalb gebeten,

- die landesweiten Ausbauziele der Erneuerbaren Energien so auszurichten, dass Sachsen-Anhalt bis spätestens 2035 klimaneutral wirtschaften kann. Dabei sind verbindliche Zwischenziele für die Jahre 2025 und 2030 zu beschließen.
- eine verbindliche Solarpflicht für Neubauten und Dachsanierungen auf den Weg zu bringen.

- das Landesentwicklungsgesetz so zu ändern, dass mindestens zwei Prozent der Landesfläche als Windvorranggebiete ausgewiesen werden.
- das erfolgreiche Speicherförderprogramm im Zuge der nächsten Haushaltsaufstellung mit einer Fördersumme von mindestens einer Million Euro jährlich zu verstetigen.
- die Erhebung des vollen Wasserentnahmegeldes für Braunkohleunternehmen auf den Weg zu bringen.

Die Landesregierung wird weiterhin gebeten, sich mit einer Bundesratsinitiative für folgende Anliegen einzusetzen, um Sachsen-Anhalt als Industrie- und Energieland zu stärken,

- die Ausbauziele der Erneuerbaren Energien auf 25 bis 40 Gigawatt pro Jahr zu erhöhen, wie es die Studie „CO₂-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C-Grenze“ des Wuppertal-Institutes vorschlägt,
- ein bundesweites Zwei-Prozent-Flächenziel für Windvorranggebiete zu beschließen,
- eine bundesweite Solarpflicht für Neubauten und Dachsanierungen einzuführen,
- die Einnahmen aus der steigenden CO₂-Bepreisung sozial gerecht und vollständig per Energiegeld an die Bevölkerung zurückzugeben.

Um den Erfolg der Maßnahmen zu evaluieren, soll die Landesregierung das statistische Landesamt dazu veranlassen, die Jobs in der Branche der Erneuerbaren Energien als eigenen Wirtschaftszweig zu erfassen.

Begründung

„Das Land, das als erstes die Klima- und Ressourcenneutralität erreicht, hat seine wirtschaftliche Basis auf den Weltmärkten für Jahrzehnte gesichert.“ Dieses Zitat des Ökonomen Jens Südekum macht deutlich, dass nur klimaneutrale Geschäftsmodelle in Zukunft erfolgreich sein werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat am 29. April 2021 geurteilt, dass die deutsche Klimapolitik dem Anspruch des Grundgesetzes nicht gerecht wird und insbesondere die Freiheit der nachfolgenden Generationen inakzeptabel einschränkt. Um das 1,5-Grad-Ziel von Paris überhaupt noch erreichen zu können, ist Klimaneutralität spätestens bis zum Jahr 2035 geboten. Bis dahin muss zum Beispiel die Windenergie in Sachsen-Anhalt mit jährlich rund 450 Megawatt ausgebaut werden bei annähernd gleichbleibender Anlagenanzahl.

Eine klimaneutrale Wirtschaft ist in Deutschland mit einem massiv beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien möglich. Die letzten Bundesregierungen haben den Ausbau gebremst. Mit dem Wechsel im EEG auf Ausschreibungen hat man völlig unzureichende Ausbauziele inkl. Solardeckel über Jahre hinweg beschlossen, vertrödelt ausreichende Flächen-

ausweisungen für Windenergie, während die Bundesanstalt für Geowissenschaft und Rohstoffe (BGR) 16 Jahre lang z. T. um den Faktor 1000 zu hohe Werte für Infraschall bei Windrädern berechnet hat und so Klageverfahren negativ beeinflusste. Bürgerenergieprojekte hat man mit Bürokratie erstickt und man verschleppt sogar, die Erneuerbaren-Energien-Richtlinie der EU in nationales Recht umzusetzen, weshalb die Bürgerenergieallianz eine Beschwerde über Deutschland bei der EU eingereicht hat. Diese Bremsen müssen unverzüglich beseitigt werden.

Sachsen-Anhalt wird dadurch überproportional wirtschaftlich profitieren. Das Land hat über Jahre hinweg die meisten Arbeitsplätze pro Einwohner*in den Erneuerbaren Energien vorweisen können. Den größten Beitrag leistete dabei die Windenergie. Das Solar Valley 2.0 und die Produktion und Verarbeitung von Grünem Wasserstoff in der Strukturwandelregion könnten diese Spitzenposition noch ausbauen.

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende